

N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses Nr. 1/2011
am Donnerstag, 03.02.2011, 17.00 Uhr,
in der Ev.-luth. Kirchengemeinde Wetter (Ruhr),
Bismarckstraße 38, 58300 Wetter (Ruhr)

Anwesend sind:

a) Ausschussmitglied Herr Fröhning als Vorsitzender

b) die Ausschussmitglieder

1. stimmberechtigte Mitglieder: Herr Peitz
Herr Krüger
Frau Özdemir
Frau Haltaufderheide
Frau Steinhauer (Stv.)
Frau Dienstbier
Frau Michaelis
Frau Peitz-Pavlou
Frau Arntzen - bis 19.05 Uhr -
Herr Mohring - von 17.15 Uhr - 19.20 Uhr -
Frau Stechemesser (Stv.) - bis 17.15 Uhr -
und ab 19.20 Uhr -
Frau Nebel
Herr Füllgräbe-Amling (Stv.)

2. beratende Mitglieder: Frau Wiese (Stv.)
Herr Bruch
Frau Weber
Herr Krahn (Stv.)
Herr Treichel (Stv.)
Herr Riegel
Frau Weihe - bis 19.10 Uhr -
Frau Bär (Stv.)

- c) Gäste: Herr Gillmann (Spielplatzpate)
Herr Senner (Spielplatzpate)
Herr Blomberg (Spielplatzpate)
Herr Soeding (Spielplatzpate)
Herr Knipscheer (Spielplatzpate)
Frau Gillmann (Spielplatzpatin)
Herr Bochmann (Polizei)
Herr Golfmann (Spielplatzpate)

- d) von der Verwaltung: Herr Feuerstack
Frau Wiese
Herr Bruch

- Jugendamtsmitarbeiter/innen: Frau Böhler - bis nach TOP 4. -
Frau Auschner
Frau Kahl
Frau Forke
Frau Kraemer

Entschuldigt fehlen die Ausschussmitglieder Herr Roschin, Frau Stich (Stv.), Frau Krisor, Herr Pilz (Stv.), Frau Jeschak, Herr Mertens, Herr Streppel und Herr Wösthoff.

Vor Beginn der Sitzung verteilt die Verwaltung an die Anwesenden eine Einladung zum 3. Treffen des „Runden Tisches“ zur UN-Behindertenrechtskonvention, das am 15.02.2011 im Veranstaltungszentrum der Stadtparkasse Wetter (Ruhr) ab 18.00 Uhr stattfindet.

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung um 17.05 Uhr und stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Änderungswünsche, Einwände oder Ergänzungen zur vorgelegten Tagesordnung bestehen nicht.

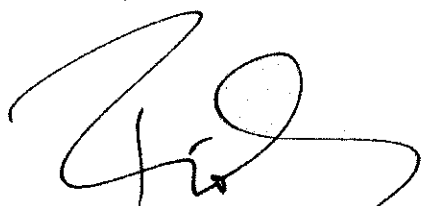
Vor Eintritt in die Tagesordnung verpflichtet der Ausschussvorsitzende das stellvertretende Ausschussmitglied, Herrn Heinz-Michael Krahn.

Die Sitzung wird in der Zeit von 19.10 Uhr bis 19.20 Uhr unterbrochen.

Ende der Sitzung: 20.05 Uhr.

Diese Niederschrift besteht aus 7 Seiten und neben den Anlagen zu den einzelnen Tagesordnungspunkten weiteren folgenden Anlagen:

1. Ergebnisprotokoll des Netzwerkes Suchtvorbeugung Wetter vom 02.02.2011
2. Mitteilung des Städte- und Gemeindebundes NRW
3. Einladung zur 2. DIALOG-Veranstaltung des FORUMS FÜR KINDER am 11.03.2011 in Düsseldorf



Fröhning
Ausschussvorsitzender



Bruch
Schriftführer

- JHA - 1/2011 - 1. - 03.02.2011 -
Einwohneranfragen

K e i n e

- JHA - 1/2011 - 2. - 03.02.2011 -
Wahl der/des 2. stellvertretenden Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses

Zur Wahl des 2. stellvertretenden Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses wird Herr Christopher Krüger vorgeschlagen.
Die Wahl wird, da niemand widerspricht, durch offene Abstimmung vollzogen.

Beschluss:

Zum 2. stellvertretenden Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses wird Herr Christopher Krüger gewählt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig, bei Enthaltung
des Betreffenden

Herr Krüger nimmt auf Befragen die Wahl an.

- JHA - 1/2011 - 3. - 03.02.2011 -
Sachstand zur Einführung des EDV-Verfahrens „GeDok“ der Firma Gebit

Frau Böhler erläutert den Sachstand zur Einführung des EDV-Verfahrens „GeDok“ der Firma Gebit im Fachdienst Jugend der Stadt Wetter (Ruhr) und beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Sachstand zur Einführung der Jugendamtssoftware „GeDok“ zur Kenntnis.

- JHA - 1/2011 - 4. - 03.02.2011 -
Sachstandsbericht Ordnungspartnerschaft

Frau Wiese erläutert die Vorlage, weist darauf hin, dass diese bereits im Ausschuss für Gesundheit, Soziales und öffentliche Ordnung beraten wurde und geht gezielt auf die dort aufgeworfenen Fragen, insbesondere auf den geplanten Einsatz von 400,00 €-Kräften, ein.

Der von Frau Wiese mündlich vorgetragene Bericht wird auf Wunsch von Frau Haltaufderheide dem Protokoll beigefügt.

Am Ende der anschließenden Diskussion bittet Frau Haltaufderheide für die Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN um die Aufnahme einer Protokollerklärung. Diese ist als Anlage zum Tagesordnungspunkt beigefügt.

Abschließend nimmt der Jugendhilfeausschuss den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 4: Sachstandsbericht Ordnungspartnerschaft

Entsprechend der Zusage aus den vergangenen Sitzungen hat die Verwaltung eine Vorlage zum Sachstand der Ordnungspartnerschaft erarbeitet. Die Presse hat in einem Artikel am 22.01.2011 bereits darüber berichtet.

Im Ergebnis ist Folgendes festzuhalten:

- die Zusammenarbeit hat sich deutlich verbessert
- in der Bevölkerung werden die Maßnahmen positiv wahrgenommen
- das Hinzuziehen eines professionellen Sicherheitsdienstes hat sich bewährt
- die an die Arbeitsgruppe herangetragenen „Problempunkte“ haben sich nicht bestätigt bzw. haben sich relativiert.

Im übrigen haben die Jugendlichen auch ein Recht sich auf öffentlichen Plätzen bzw. in der Öffentlichkeit aufzuhalten. Sie müssen sich allerdings auch an Regeln halten.

In 2011 sollen die Maßnahmen fortgeführt werden. Darüber hinaus ist geplant zwei 400,- Euro-Kräfte bei der Stadt Wetter (Ruhr) einzustellen, die sogenannte „Citystreifen“ durchführen. Diese Mitarbeiter haben dann auch ordnungsrechtliche Befugnisse (Personalien- und Platzverweise).

Die Mitarbeiter werden tariflich entlohnt. Die Stadt Wetter (Ruhr) wird ein Führungszeugnis verlangen. Sie haben Anspruch auf Urlaub und Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall. Sie zahlen keine Sozialabgaben und Steuern, können sich aber auf eigene Kosten rentenversichern. Diese ergänzende Maßnahme soll im Frühjahr umgesetzt werden. Beim Auswahlverfahren wird die Stadt Wetter (Ruhr) darauf achten, dass die entsprechenden Voraussetzung zur Erfüllung der Aufgabe vorhanden sind.

Der Einsatz dieser Kräfte ist aus fachlicher Sicht sinnvoll und notwendig, um den präventiven Aspekt weiter zu stärken.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen begrüßt die Bemühungen der Verwaltung, im Rahmen von Ordnungspartnerschaften den Jugendschutz, Sicherheit und Sauberkeit in Wetter zu stärken. Wir unterstützen den Ansatz, auf öffentlichen Plätzen und an bekannt problematischen Orten Präsenz zu zeigen und auch den Versuch, mit denen, die sich dort aufhalten, ins Gespräch zu kommen.

Kritisch stehen wir zum Einsatz von privaten Citystreifen in Wetter. Wir hätten es zudem begrüßt, wenn es vor einer Entscheidung der Verwaltung zum Einsatz von privaten Citystreifen eine politische Diskussion bzw. Entscheidung gegeben hätte.

Unsere Kritik ist wie folgt begründet:

1. Nach unserer Ansicht gehören Kontrollgänge im öffentlichen Verkehrsraum im Rahmen der Ordnungspartnerschaften zum Bereich der hoheitlichen Aufgaben der Kommune, an den hohe Anforderungen zu stellen sind.
2. Die Einwirkungsmöglichkeiten der Citystreifen sind sehr gering. Deeskalierende Maßnahmen sind von ihnen nicht zu erwarten. Auch ordnungsbehördliche Befugnisse haben, wie in der Vorlage dargestellt, private Citystreifen nicht. Sie können weder Personalien feststellen, noch Platzverweise erteilen, Bußgelder verhängen o.ä. Sie können somit lediglich „ein Gefühl von Sicherheit vermitteln“.
3. Der Einsatz von 400 € - Kräften bedeutet grundsätzlich, dass Menschen geringfügig beschäftigt werden. Sie haben aus dieser Arbeit keinerlei Ansprüche an Kranken- und Pflegeversicherung und nur sehr geringfügige an die Rentenversicherung. Eine festgelegte Obergrenze der zu leistenden Arbeitszeit gibt es nicht. Die Stadt unterstützt damit prekäre Beschäftigungsverhältnisse im Niedriglohnsektor.
4. Aus der Vorlage geht nichts über den Personenkreis der zu Beschäftigten hervor. Da diese Beschäftigten zumindest den Anschein erwecken, im Auftrag der Stadt für Sicherheit und Ordnung zu sorgen, müssen hohe Anforderungen an ihre Zuverlässigkeit gestellt werden. Es gibt auch keine Aussage dazu, ob Einstellungsbedingung ist, dass die Personen die Sachkundeprüfung nach § 34 Gewerbeordnung Bewachungsgewerbe abgelegt haben.

Die grüne Fraktion regt daher an, folgende Fragen zu überdenken:

1. Ist es möglich, eingeschränkt leistungsfähige Beschäftigte der Stadt oder des Stadtbetriebes mit den Kontrollgängen im Sinne eines Schonarbeitsplatzes zu betrauen?
2. Können andernfalls die vertraglichen Konditionen mit den Beschäftigten sozialverträglich gestaltet werden?
3. Wie wird die Zuverlässigkeit der KontrollgängerInnen gewährleistet?

Frau Auschner und Frau Wiese erläutern die Vorlage.

Anschließend stellen Herr Senner und Herr Gillmann das Rahmenkonzept vor.

Im Rahmen der anschließenden Diskussion stellt Frau Haltaufderheide für die Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN mehrere Anträge zur Vorlage.

Auf Vorschlag des Ausschussvorsitzenden werden die Anträge der Niederschrift als Protokollnotiz beigefügt (s. Anlage).

Nach weiterer Diskussion stellt Herr Peitz für die SPD-Fraktion den Antrag, den Beschlussvorschlag der Verwaltung wie folgt zu ergänzen:

„Sowohl der Spielleitplan als auch das Rahmenkonzept sind stetig fortzuschreiben und durch die politischen Gremien zu verabschieden“.

Frau Haltaufderheide stellt für die Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN den Antrag, den Beschlussvorschlag der Verwaltung wie folgt zu ergänzen:

„Die Ergebnisse des Rahmenkonzeptes bilden bis zum Inkrafttreten des zu entwickelnden Spielleitplanes die Leitlinie für Entscheidungen zu Spielplätzen. Rahmenkonzept und Spielleitplan sollen regelmäßig - nach Möglichkeit korrespondierend mit dem Jugendförderplan - fortgeschrieben werden“.

Nach weiterer Diskussion stellt der Ausschussvorsitzende fest, dass insgesamt drei Beschlussvorschläge vorliegen:

1. Beschlussvorschlag der Verwaltung
2. Ergänzungsantrag der SPD
3. Ergänzungsantrag vom Bündnis 90/Die GRÜNEN

Da der Antrag vom Bündnis 90/Die GRÜNEN der weitestgehende ist, lässt der Ausschussvorsitzende hierüber abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 3
dagegen: 2
Enthaltungen: 7

Somit ist der Antrag angenommen.

Der Ausschussvorsitzende kündigt daraufhin eine Protokollnotiz der SPD-Fraktion an.

Anschließend wird die Sitzung in der Zeit von 19.10 Uhr bis 19.20 Uhr unterbrochen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung (nach TOP 8.) erklärt der Ausschussvorsitzende, dass er es versäumt habe, über den Gesamtbeschluss abstimmen zu lassen. Lediglich über den Ergänzungsantrag wurde abgestimmt.

Infolgedessen ruft er erneut den TOP 5. auf und lässt über den Gesamtbeschluss abstimmen.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss stimmt dem Rahmenkonzept für die Spielplatzbedarfsplanung der Stadt Wetter (Ruhr) zu. Die Verwaltung wird beauftragt, einen Spielleitplan für das Stadtgebiet zu erstellen. Die Ergebnisse des Rahmenkonzeptes bilden bis zum Inkrafttreten des zu entwickelnden Spielleitplanes die Leitlinie für Entscheidungen zu Spielplätzen. Rahmenkonzept und Spielleitplan sollen regelmäßig - nach Möglichkeit korrespondierend mit dem Jugendförderplan - fortgeschrieben werden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Die SPD-Fraktion verzichtet auf eine Protokollnotiz.

- JHA - 1/2011 - 6. - 03.02.2011 -

Förderung von Projekten im Rahmen der Richtlinien zur finanziellen Förderung der Jugendgruppenarbeit

hier: „JSG-Fußball-Ostercamp 2011“

Frau Auschner stellt die Vorlage vor und beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder.

Beschluss:

Es wird beschlossen, das Projekt „JSG-Fußball-Ostercamp 2011“ mit maximal 1.500,-- € - vorbehaltlich der Genehmigung des Haushaltssicherungskonzepts - zu fördern.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Anträge JHA 3.2.2011 Karen Haltaufderheide, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Der Unterausschuss Spielplätze hat am 11.1.2011 über den Entwurf des Rahmenkonzeptes für die Spielplatzbedarfsplanung der Stadt Wetter (Ruhr) beraten. Es gab einige Vorschläge zu Ergänzungen und Änderungen, zu denen Einvernehmen im Unterausschuss bestand (siehe Protokoll Unterausschuss Spielplätze 11.1.2011).

Da diese Änderungsvorschläge nur zum geringen Teil in die Vorlage übernommen wurden, werden die folgenden Anträge gestellt:

1. In der Historie der Wetteraner Spielplätze (Punkt 1.4, S.4 des Rahmenkonzeptes) sollen auch die Spielplätze aufgeführt werden, die seit 1999 hinzugekommen sind.
2. In Punkt 3, S.6 wird hinter „aktualisiert werden“ eingefügt: „Eine Aktualisierung soll alle fünf Jahre erfolgen.“
3. Punkt 3.1.1., S.7: Änderung des Wortes „Spielplatzbedarfsplanung“ in „Spielbezirkserfassung“. Begründung: Es kann nicht richtig sein, dass die Kinder, die nicht in den identifizierten Spielbezirken wohnen (dazu gehören die Wohnsiedlungen um den Kreuzweg, Voßhöfen, Sandberg, Karl-Schwerter-Straße/Böllberg und der gesamte Jageplatz), in die Spielplatzbedarfsplanung nicht einbezogen werden. Wichtig ist an dieser Stelle, darauf hin zu weisen, dass die Kinder aus diesen Wohngebieten zahlenmässig bisher nicht erfasst wurden.
4. In Punkt 3.2.1., S. 8 wird nach „junge Erwachsene“ eingefügt: „Bei dieser Einteilung ist zu berücksichtigen, dass es hinsichtlich des Spiel- und Freizeitverhaltens innerhalb der Gruppe der 12-21jährigen altersbedingte Unterschiede gibt. Es muss daher bei den Spielplätzen, die dem Spielbereich A zugeordnet werden, im Einzelnen geprüft werden, ob sie für die gesamte Altersgruppe geeignet sind.“
5. In Punkt 3.3.1., S.9 wird nach dem Text ergänzt: „Erfasst wurden dabei nur Kinder in Spielbezirken. Bei Aussagen über Spielbezirke hinaus muss dies berücksichtigt werden. Dies gilt insbesondere für den Bereich Esborn und Wengern.“
6. Punkt 5., S. 46: Die Tabelle wird um die Zahlen der Kinder in den jeweiligen Altersgruppen im gesamten Stadtgebiet ergänzt und ins Verhältnis zur gesamten Spielfläche gesetzt.
7. Handlungsempfehlungen, S. 49:
 - Bei Wengern wird ergänzt: „Bei einer Fortschreibung des Rahmenkonzeptes muss die Gesamtzahl der 0-21jährigen im Bereich Jageplatz ermittelt werden.“
 - Bei Esborn wird Voßhöfen ersetzt durch „in den umliegenden Wohngebieten“.
8. S. 50, Spiegelstriche zur Spielleitplanung: Ergänzung um den Spiegelstrich: „Mittelfristig wäre im Spielplatzbereich eine nach NKF mögliche Budgetierung im Spielplatzbereich wünschenswert.“ Begründung: In § 21 der Gemeindehaushaltsverordnung heißt es:

„Zur flexiblen Haushaltsbewirtschaftung können Erträge und Aufwendungen zu Budgets verbunden werden. In den Budgets ist die Summe der Erträge und die Summe der Aufwendungen für die Haushaltsführung verbindlich. Die Sätze 1 und 2 gelten auch für Einzahlungen und Auszahlungen für Investitionen.“ Somit könnten Budgets so gebildet werden, dass Einnahmen aus dem Verkauf von Spielflächen dem Budget gut geschrieben werden.
9. Da mehrfach darauf Bezug genommen wird, werden die Leitsätze der Spielplatzpaten im Anhang angefügt.

- JHA - 1/2011 - 7. - 03.02.2011 -

Umsetzung des Kinderbildungsgesetzes „KiBiz“

hier: Elternbefragung für das Kindergartenjahr 2011/2012

Frau Kahl erläutert die Ergebnisse der Elternbefragung für das Kindergartenjahr 2011/2012. Sie weist darauf hin, dass sich in der Anlage 2 (Rücklauf) zur Vorlage ein Rechenfehler „eingeschlichen“ hat. Die korrigierte Fassung ist als Anlage zu diesem Tagesordnungspunkt beigefügt.

Anschließend beantworten Frau Kahl und Frau Auschner Fragen der Ausschussmitglieder.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt das Ergebnis der Elternbefragung für das Kindergartenjahr 2011/2012 zur Kenntnis.

- JHA - 1/2011 - 8. - 03.02.2011 -

Umsetzung des Kinderbildungsgesetzes „KiBiz“

hier: Gruppenkonstellation für das Kindergartenjahr 2011/2012

Frau Auschner stellt die Vorlage vor. Anschließend beantworten Frau Auschner, Frau Wiese und Herr Bruch die Fragen der Ausschussmitglieder.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss stimmt den für das Jahr 2011/2012 geplanten Gruppenkonstellationen in den Kindertageseinrichtungen sowie der bestehenden Tagespflegeplätze als Grundlage für die Landesmittelanforderung dem Grunde nach zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Anschließend ruft der Ausschussvorsitzende wegen eines Versäumnisses erneut den Tagesordnungspunkt 5. auf (s. Niederschrift unter TOP 5.).

Anlage zur TOP 4.

| Kindertageseinrichtung | Bestandskinder | | |
|--|----------------|------------|------------|
| | Verschickt | Rücklauf | % |
| Kindertagesstätte "Kinderarche" | 26 | 26 | 100% |
| Ev. Kindergarten Esborn "Die kleinen Strolche" | 25 | 18 | 72% |
| Ev. Kindergarten Wengern "Unterm Regenbogen" | 30 | 22 | 73% |
| Kindertagesstätte AWO Wengern "Am Brasberg" | 52 | 50 | 96% |
| Ev. Kindergarten Volmarstein | 35 | 26 | 74% |
| Kindertagesstätte AWO Schmandbruch | 26 | 17 | 65% |
| Kindertagesstätte "Pustebblume" | 56 | 48 | 86% |
| Kindertagesstätte "Abenteuerland" | 26 | 18 | 69% |
| Kindertagesstätte "Villa Kunterbunt" | 42 | 29 | 69% |
| Kath. Kindergarten St. Gerwin | 36 | 34 | 94% |
| Kindertagesstätte "Reuterhaus" | 31 | 27 | 87% |
| Kindertagesstätte "Harkorthis" | 34 | 32 | 94% |
| Kindertagesstätte "Fröbelhaus" | 50 | 50 | 100% |
| Kindertagesstätte "Gravemannhaus" | 24 | 22 | 92% |
| Gesamt | 493 | 419 | 85% |

| Kinder von der Warteliste | Verschickt | Rücklauf | % |
|---------------------------|------------|----------|-----|
| | 412 | 259 | 63% |

| Gesamt | Verschickt | Rücklauf | % |
|--------|------------|----------|-----|
| | 905 | 678 | 75% |

Stand: 03.02.2011

- JHA - 1/2011 - 9. - 03.02.2011 -

Mitteilungen

- Frau Forke weist auf die Themenwoche „Cybermobbing“ der Gesamtschule Sprockhövel vom 07.02. bis 11.02.2011 hin.
Die entsprechenden Flyer werden an die Anwesenden verteilt.
- Weiterhin berichtet sie über den Stand des geplanten Graffiti-Projekts in der Bahnhofsunterführung.
- Frau Wiese weist auf die verteilte Einladung zum 3. Treffen des „Runden Tisches“ zur UN-Behindertenrechtskonvention hin.
- Weiterhin weist sie auf die Mitteilung des Städte- und Gemeindebundes NRW „Kinderlärm - Kein Störfaktor“ hin. Die Mitteilung ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.
- Frau Wiese informiert über den aktuellen Stand zum Bildungs- und Teilhabepaket. Die Umsetzung fällt **nicht** mehr in die Zuständigkeit der Jobcenter sondern wird in die kommunale Trägerschaft übergehen. Insgesamt hat der Bundesrat dem Gesetz noch nicht zugestimmt. Zur Zeit wird im Vermittlungsausschuss verhandelt.

Wegen des Verbots des Aufgabendurchgriffs des Bundes auf die Kommunen ist noch eine rechtliche Anpassung erforderlich. Der Städte- und Gemeindebund NRW plädiert bei der Umsetzung in kommunaler Regie dafür, dass sämtliche Kosten durch den Bund erstattet werden müssen.

- Anschließend berichtet sie kurz über den Entwicklungsstand im Bereich „Frühe Hilfen“ und teilt mit, dass hierzu für die nächste JHA-Sitzung eine Vorlage erstellt wird.

- JHA - 1/2011 - 10. - 03.02.2011 -

Anfragen von Ausschussmitgliedern

- Auf Anfrage teilt die Verwaltung mit, dass das Thema „Betreuungslücke in den Sommerferien“ in der nächsten JHA-Sitzung behandelt wird.
- Auf Anfrage, ob Kinder der Partnerstadt Stadtilm am diesjährigen Bauspielplatz teilnehmen können, sagt die Verwaltung eine Prüfung zu.
- Auf Anfrage erklärt Herr Bruch, dass die überplanmäßigen Aufwendungen bei der Buchungsstelle „Erstattung an andere Träger der Jugendhilfe“ neben noch ausstehenden Abrechnungen vorwiegend durch drei übernommene Heimpflegefälle verursacht werden. Andererseits konnten mehrere Fälle in die Zuständigkeit anderer Jugendämter abgegeben werden, so dass bei der Buchungsstelle „Erstattung durch andere Träger der Jugendhilfe“ Mehrerträge erzielt wurden, wodurch die Mehraufwendungen gedeckt sind.

Anlage

Netzwerk Suchtvorbeugung Wetter, Ergebnisprotokoll vom 02.02.2011

Teilnehmer: Tanja Hanson (Hauptschule Wetter), Andrea Latusek, Monika Stechemesser, Jürgen Mühl, Lothar Rabe

Entschuldigt: Nadja Arntzen, Anne-Kathrin Forke, Uwe Mertens

TOP 1: Jahresplanung 2011

Jugendschutzaktion

Der Fachdienst Jugend hat aktuelle Materialien zum Thema Jugendschutz bestellt. Die Netzwerker/innen schlagen vor, die Materialien vor dem Seefest an die Verkaufsstellen in Wetter (Ruhr) zu verteilen. Gegebenenfalls kann das in Kooperation mit den Teilnehmer/innen des AK Ordnungspartnerschaften geschehen. Eine Praktikantin des Fachdienstes erstellt aktuell eine Aufstellung aller Verkaufsstellen in Wetter.

Elterninformation zum Thema PC- und Internetnutzung bei Jugendlichen.

Der Fachdienst Jugend hatte in den letzten Jahren immer wieder Vorträge für Eltern in der Aula des Gymnasiums organisiert.

Die Netzwerker/innen schlagen vor, in Kooperation mit dem Fachdienst einen Elternabend zum Thema PC- und Internetnutzung zu gestalten. Dabei soll es weniger um Sicherheitsaspekte bei der Nutzung gehen, als vielmehr um Themen wie Regeln für Kinder und Jugendliche, damit aus PC- und Internetspielen keine Sucht entsteht.

Theaterprojekt

Die Hauptschule Wetter ist an einer Durchführung eines Theaterprojektes in ihrer Schule interessiert. Es gilt bei der nächsten Sitzung zu klären, ob ein ähnliches Projekt wie im Jahr 2010 zu finanzieren ist.

Weltkindertag 2011

Andrea Latusek meldet das Netzwerk Suchtvorbeugung zur Teilnahme am Weltkindertag an. Der Weltkindertag findet am Samstag, 17. September, von 11 bis 17 Uhr statt. Die Aktion soll bei einem der nächsten Treffen abgesprochen werden.

Top 2: Verschiedenes

Klasse2000

Die kath. Grundschule, die Grundschule Esborn, die Bergschule und eine erste Klasse der Grundschule Grundschöttel konnte mit Paten versorgt werden. Für die zweite Klasse der Grundschule Grundschöttel konnte bis jetzt kein Pate gefunden werden. Es läuft aber noch eine Anfrage an den Rotary-Club Wetter.

Das Netzwerk hat die Patenschaft für die kath. Grundschule übernommen.

Nächstes Netzwerktreffen

Mittwoch, 9. März 2011, 16 Uhr, AWO VIA-Beratungszentrum

Wetter, 8. Februar 2011

Protokoll: Andrea Latusek



Mitteilungen - Umwelt, Abfall und Abwasser

StGB NRW-Mitteilung vom 31.01.2011

Kinderlärm kein Störfaktor

Die Bundesregierung hat den kommunalen Spitzenverbänden auf der Bundesebene den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des BImSchG übersandt, mit dem Kinderlärm privilegiert werden soll. Hierzu soll § 22 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) durch den folgenden Abs. 1a ergänzt werden:

„(1a) Geräuscheinwirkungen, die von Kindertageseinrichtungen, Kinderspielplätzen und ähnlichen Einrichtungen wie beispielsweise Ballspielplätzen durch Kinder hervorgerufen werden, sind im Regelfall keine schädliche Umwelteinwirkung. Bei der Beurteilung der Geräuscheinwirkungen dürfen Immissionsgrenz- und -richtwerte nicht herangezogen werden.“

Die geplante flankierende Privilegierung von Kindertageseinrichtungen in reinen Wohngebieten durch Änderung der BauNVO ist nicht Bestandteil des vorliegenden Gesetzentwurfs.

Die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände hat mit Schreiben vom 07.01.2011 die nachfolgend wiedergegebene Stellungnahme zur geplanten BImSchG-Änderung abgegeben:

„Anrede,

vielen Dank für die Übersendung des o. g. Gesetzentwurfs vom 17.12.2010. Hierzu nehmen wir wie folgt Stellung:

Die vorgesehene Ergänzung des § 22 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) wird von uns begrüßt. Das Ziel, gerichtliche Auseinandersetzungen über die Zumutbarkeit von Lärm, der durch den Betrieb von Kindertageseinrichtungen, Kinderspielplätzen und ähnlichen Einrichtungen entsteht zu vermeiden, entspricht einer langjährigen Forderung der deutschen Kommunen und ihrer Spitzenverbände. So haben zuletzt etwa das Präsidium des Deutschen Städtetages am 30.09.2009 und das Präsidium des Deutschen Städte- und Gemeindebundes am 15.06.2010 die Position vertreten, dass Kinderlärm prinzipiell anders zu beurteilen ist, als der Lärm von Autos, Flugzeugen oder Laubbläsern und daher eindringlich an Bund und Länder appelliert, durch gesetzliche Änderungen sicherzustellen, dass Kinder immissionsrechtlich nicht als Lärmquelle betrachtet werden. Zu begrüßen ist, dass die vorgeschlagene Ergänzung des BImSchG durch ihre Formulierung „im Regelfall“ aber dennoch in besonderen Fallsituationen insbesondere vor dem Hintergrund des baurechtlichen Rücksichtnahmegebotes eine Prüfung im Einzelfall nicht ausschließt.

Allerdings sollen ausweislich der Begründung zu Art. 1 „Spiel- und Bolzplätze für Jugendliche, die großräumiger angelegt sind und nicht unbedingt wohngebietsnah gelegen sein müssen“ von der Privilegierung des neuen § 22 Abs. 1 a ausgenommen werden. Damit wären für solche Freizeiteinrichtungen weiterhin gerichtliche Auseinandersetzungen zu erwarten. Da Spiel- und

Bolzplätze jedoch genauso wie die explizit im Gesetzentwurf aufgeführten „Ballspielflächen für Kinder“ der Freizeitbeschäftigung dienen und eine wesentliche soziale und gesundheitsfördernde Funktion haben, sollten sie im Regelfall nicht als schädliche Umwelteinwirkungen gelten. Deshalb wären wir Ihnen dankbar, wenn Sie die Begründung im Gesetzentwurf entsprechend korrigieren und somit die Privilegierung des § 22 Abs. 1a auch auf Spiel- und Bolzplätze für Jugendliche ausdehnen würden.

Weiterhin bitten wir darum, in der Gesetzesbegründung deutlicher zu formulieren, dass eine Ausstrahlungswirkung auf die entsprechende zivilrechtliche Beurteilung beabsichtigt ist und dass bei unzureichender Berücksichtigung insbesondere durch die Zivilgerichtsbarkeit eine ausdrückliche Änderung des BGB erforderlich ist.

Sollte die Bundesregierung im Rahmen der anstehenden Bauplanungsrechtsnovelle eine Änderung der BauNVO dahingehend vorschlagen, dass Kindertagesstätten in reinen Wohngebieten stets allgemein zulässig sind, so werden die kommunalen Spitzenverbände diesen Vorschlag unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen“

Az.: II/2 70-33 qu-ko

Aktion: Dialog zur Förderung von Kindern in NRW

Dialog zur Förderung von Kindern in NRW

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit unserer Veranstaltung am 10. September letzten Jahres hat das FORUM FÜR KINDER seine DIALOG-Reihe eröffnet und zum zweiten DIALOG-Termin die Bearbeitung der Schlüsselfragen nach der Personalausstattung und der Gruppengröße angekündigt. Wir laden Sie hiermit recht herzlich zum zweiten DIALOG von Eltern, Fachkräften, Verbänden und VertreterInnen der Kommunalpolitik und der Landtagsfraktionen für

Freitag, den 11. März 2011, 14:00 – 17:00 Uhr
in den Saal 2 der VHS Düsseldorf, Bertha-v. Suttner-Platz 1,
40227 Düsseldorf
(Hauptbahnhof, Ausgang Richtung Oberbilk)

ein.

Gemeinsam mit Ihnen, möchten wir den Themenschwerpunkt „Personalausstattung und Gruppengröße“ beraten. Hintergrund ist unter anderem der bis dahin voraussichtlich vorliegende Referentenentwurf des Ministeriums zur Generalrevision des Kinderbildungsgesetzes. Unabhängig von den politischen Absichten der Landesregierung, wollen wir bei diesem zweiten DIALOG unsere Forderungen an eine gute Personalausstattung und an die erforderlichen Gruppengrößen formulieren, die von den individuellen und sozialen Förderbedarfen der Kinder in den verschiedenen Altersstufen ausgehen.

Dazu konnten wir **Frau Prof. Susanne Viernickel**, eine ausgesprochene Expertin auf dem Gebiet der frühkindlichen Bildung, gewinnen. In Ihrem Referat

„Schlüssel zu guter Bildung, Erziehung und Betreuung“

wird sie die Parameter zur Bestimmung der pädagogischen Fachkraft-Kind-Relation aus wissenschaftlicher Sicht darstellen.

Zu dieser Aktion haben sich
zusammengeschlossen:

Der PARITÄTISCHE
Wohlfahrtsverband NRW
Loher Straße 7 - 42293 Wuppertal

DKSB - Deutscher Kinderschutzbund
Landesverband NRW
Domagkweg 20 - 42109 Wuppertal

Eltern helfen Eltern e.V.
Hammer Straße 1 - 48153 Münster

Evangelische Aktionsgemeinschaft für
Familienfragen Westfalen-Lippe
Friesenring 32/34 - 48147 Münster

Familienbund der Katholiken
Breul 23 - 48143 Münster

KEG - Katholische Erziehergemein-
schaft Landesverband Nordrhein-
Westfalen
Elisabethstr. 7 - 44319 Dortmund

KEKS - Kölner Eltern- und Kinder-
selbsthilfe e.V.
Venloer Straße 725 - 50827 Köln

LER - Landeselternrat für
Kindertageseinrichtungen in
Nordrhein-Westfalen e.V.
Kolberger Str. 27 - 46149 Oberhausen

PEV - Progressiver Eltern- und
Erzieherverband NW e.V.
Hohenstaufenallee 1 - 45888 Gelsenkirchen

ver.di - Landesbezirk NRW
Karlstr. 123-127, 40210 Düsseldorf

VBE, Verband Bildung und Erziehung,
NRW
Westfalenamm 247 - 44144 Dortmund

ZKD - Zentralverband der
MitarbeiterInnen in Einrichtungen der
kath. Kirche in Deutschland e.V., LV
Erzieherinnen NW
Breite Str. 101 - 50667 Köln

Gemeinsam mit Ihnen, den Fachleuten der Kinderbetreuung aus allen Bereichen, möchten wir im DIALOG mit den Landtagsfraktionen beraten, wie die Situation für Kinder, ErzieherInnen und Eltern verbessert werden kann.

Wir möchten an dieser Stelle besonders hervorheben, dass den kommunalen Jugendhilfeausschüssen und den Jugendamtsverwaltungen als den Orten, wo die konkreten Maßnahmen geplant und umgesetzt werden müssen, eine besondere Bedeutung zukommt. Wir würden uns daher sehr freuen, auch diesmal wieder eine große Zahl von Verantwortlichen aus Politik und Verwaltung bei diesem Dialog begrüßen zu dürfen.

Bitte geben Sie uns **bis zum 22. Februar 2011** Rückmeldung, ob wir mit Ihrer Teilnahme an der Dialogveranstaltung rechnen können.

Mit freundlichen Grüßen

Klaus Amoneit (PEV), Jürgen Reichert (ver.di), Andreas Blanke (LER KiTa NRW e.V.), Gisela Kierdorf (ZKD), Beate Heeg (Eltern helfen Eltern), Martin Künstler (Der Paritätische), Dr. Remi Stork (EAF Westfalen-Lippe), Gerhard Stranz, Almut Heimbach (KEKS e.V.), Elsbeth Knossalla (Familienbund der Katholiken), Udo Beckmann (VBE), Marianne Buhl (KEG), Dieter Greese (Deutscher Kinderschutzbund NRW) und andere

Oberhausen, 9. Februar 2011

Ansprechpartner:

Andreas Blanke
Arbeitskreis DIALOG beim FORUM FÜR KINDER
c/o Landeselternrat KiTa NRW e.V.
Kolberger Str.27
46149 Oberhausen

andreas.blanke@forumfuerkinder.de

Anmeldung:

*Einladung des **FORUMS FÜR KINDER**
zum gemeinsamen Dialog „Personalausstattung“
am **11. März 2011**, 14:00 bis 17:00 Uhr,
VHS Düsseldorf*

- Ich nehme / Wir nehmen mit Personen an der Veranstaltung teil.
- Ich kann / Wir können leider nicht teilnehmen, sind aber an weiteren Informationen und Einladungen interessiert.
- Ich kann / Wir können leider nicht teilnehmen.

.....
Name Organisation / Institution / Stempel

.....
Funktion

*Bitte zurück bis **22. Februar 2011**
per Fax an: (0208) 3766398 oder
per E-Mail an: dialog@forumfuerkinder.de*